

Antrag

Hannover, den 11.01.2023

Fraktion der AfD

Integration zur Bringschuld erklären - Null-Toleranz-Strategie gegen Kriminelle, Silvesterrandalierer und Parallelgesellschaften

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Die Vorkommnisse in der vergangenen Silvesternacht, insbesondere in Berlin, in Düsseldorf und in vielen weiteren Städten - auch in Niedersachsen -, offenbaren einen zunehmenden staatlichen Kontrollverlust über bestimmte Migrantenmilieus, aus denen heraus bürgerkriegsähnliche Zustände verursacht wurden. Die Tatsache, dass die Straftäter der Silvesternacht überwiegend junge Männer mit Migrationshintergrund waren, zeigt, dass die Integration in Teilen der Bevölkerungsgruppe der Zugewanderten nicht ausreichend stattgefunden hat. Die schockierende Gewaltbereitschaft gegenüber Einsatzkräften von Polizei und Feuerwehr, aber auch gegenüber Passanten, legt die tiefe Verachtung dieser Personenkreise gegenüber dem deutschen Staat und unserer westlich geprägten, modernen Gesellschaft offen.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

1. die mögliche Dauer der Freiheitsbeschränkung oder Freiheitsentziehung gemäß § 21 Satz 2 Nr. 2 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG) zu ändern und auf 30 Tage zu erhöhen,
2. danach einen Erlass an die niedersächsischen Polizeibehörden herauszugeben, welcher regelt, dass für Personen und Gruppen, die bei Silvesterkrawallen oder bei anderen Anlässen aufgrund randalierend begangener Gewaltstraftaten gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a und b des NPOG in Gewahrsam genommen worden sind, gemäß § 21 Satz 2 Nr. 2 die richterliche Entscheidung für eine Dauer des Gewahrsams von 30 Tagen zu beantragen ist,
3. das Landeskriminalamt anzuweisen, in der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) im Unterpunkt „Tatverdächtige“ zukünftig tatverdächtige Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, sowie deutsche Täter mit Migrationshintergrund nach Definition des statistischen Bundesamtes ebenfalls zu erfassen und in der Statistik extra auszuweisen,
4. die niedersächsische Polizei personell sowie materiell soweit zu verstärken, dass Einsatzlagen wie zur vergangenen Silvesternacht in Berlin unmittelbar und nachhaltig bewältigt werden können, sodass bei möglichen Krawallen schnellstmöglich die Täter in Gewahrsam genommen werden und die öffentliche Ordnung wiederhergestellt wird,
5. die niedersächsische Polizei und die niedersächsische Feuerwehr zeitnah flächendeckend mit Dashcams und Bodycams auszustatten,
6. in Anlehnung an das sogenannte „Neuköllner Modell“ zur möglichst schnellen Verurteilung jugendlicher Straftäter eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendrichtern und Jugendamt zu initiieren,
7. Bundesratsinitiativen einzuleiten, um die Mindestfreiheitsstrafe für Angriffe auf Einsatzkräfte gemäß den §§ 113, 114 und 115 Strafgesetzbuch (StGB) auf ein Jahr anzuheben und den § 54 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) so zu ändern, dass ein Ausweisungsinteresse bereits wegen einer rechtskräftigen Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe auch von unter einem Jahr besteht,

8. sich auf Bundesebene gegen die von der Bundesregierung geplante Erleichterung der Einbürgerung und die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft einzusetzen.

Begründung

Dass es im Zuge der unkontrollierten Zuwanderung auch zu mehr Gewalt und Kriminalität in Deutschland kommt, zeigen sämtliche Kriminalstatistiken auf Bundes- und Landesebene. Um dieses Problems Herr zu werden, helfen jedoch keine Sprach- und Denkverbote im Sinne einer vorgeblichen politischen Korrektheit. Stattdessen muss den Tatsachen unvoreingenommen ins Auge gesehen und müssen die Dinge klar beim Namen genannt werden. Daher ist die Erfassung auch von Täterkreisen mit Migrationshintergrund ein wichtiger Erkenntnisgewinn zur Beseitigung von Problematiken im Migrationsbereich. Integration kann nur gelingen, wenn Politik und Gesellschaft verlässliche Zahlen vorliegen und damit Spekulationen in die eine oder andere Richtung vermieden werden.

Laut *Tagesspiegel* vom 08.01.2023 beschrieben die Einsatzkräfte übereinstimmend die Täter der Silvesterangriffe auf sie in Berlin als Täter „mit Migrationshintergrund“¹. Der SPD-Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Martin Hikel, sagte, dass es sich bei den Tätern auf den Bildern der Silvester-Gewalt „oft um junge Männer mit Migrationsgeschichte“ handele². Beschreibungen wie „gruppendynamische Prozesse“ und „Jugendliche“ im Zusammenhang mit den Silvesterkrawallen und den daran beteiligten Straftätern sind nicht geeignet, die diesen Ereignissen zugrunde liegenden Probleme zu erkennen und anzugehen. Fakt ist, dass es flächendeckend Krawalle von vornehmlich jungen Männern mit Migrationshintergrund gab. Dies muss bei einer ehrlichen Aufarbeitung der Ereignisse auch genauso benannt werden. In der PKS muss dafür eine entsprechende Erfassung erfolgen. Debatten über Böllerverbote hingegen sind Scheindebatten, die vom eigentlichen Problem ablenken wollen. Die Fehlentwicklungen der Migrationspolitik der letzten Jahre müssen korrigiert werden. Es muss auch erkannt werden, dass eine personell zu schwache, schlecht ausgerüstete Polizei und eine hoffnungslos überlastete Justiz die offenen Flanken unserer Gesellschaft sind, die es nachhaltig zu stärken gilt.

Der Rechtsstaat muss auch nach Ereignissen wie in der Silvesternacht unmittelbar und nachhaltig durchgesetzt werden können. Gerade bei jugendlichen Straftätern muss eine Strafe in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Tat erfolgen, damit ihnen der Zusammenhang von strafwürdigem Handeln und der entsprechenden Konsequenz nicht verloren geht. Der Berliner Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Bodo Pfalzgraf, sagte der *Deutschen Presse-Agentur* dazu „Man kann die Tatsachen nicht wegleugnen“. „Man muss sich ja nur die Videos anschauen. Da sieht man genau, mit was für Tätern wir es zu tun haben. Das sind überwiegend junge Männer mit Migrationshintergrund.“ Und er fügt hinzu: „Das ist keine neue Erkenntnis. Es ist seit 20 Jahren so, dass Gewaltkriminalität jung und männlich ist. Solche Leute müssen konsequent bestraft werden, und die Strafe muss auf dem Fuße folgen, nicht erst ein halbes Jahr später“, sagt er. „Die müssen einen Richter sehen.“³

Es braucht nunmehr ein unverzügliches Umdenken in der Migrationspolitik, konsequente Abschiebungen straffälliger Ausreisepflichtiger und eine umfassende Stärkung von Polizei und Justiz, sonst werden Zustände wie in der Silvesternacht bei jedweden Anlässen an der Tagesordnung sein.

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

¹ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/neue-zahlen-zu-berliner-silvester-krawallen-nur-38-festgenommene-wegen-boller-attacken--mehrheitlich-deutsche-9147513.html> (abgerufen am 11.01.2023)

² <https://web.de/magazine/panorama/silvester-krawalle-taeter-37612726> (abgerufen am 11.01.2023)

³ <https://web.de/magazine/panorama/silvester-krawalle-taeter-37612726> (abgerufen am 11.01.2023)

(Verteilt am 12.01.2023)